

Stellungnahme zu den Pressemeldungen über einen Mitarbeiterabbau bei ThyssenKrupp

Der Konzernbetriebsrat der ThyssenKrupp AG und die IG Metall haben den Konzernvorstand aufgefordert, die Beschäftigten nicht ständig zu verunsichern: „Es muss Schluss sein mit der Verunsicherung der Beschäftigten in den Konzernunternehmen und in den Zentralen“, sagte der Konzernbetriebsratsvorsitzende Thomas Schlenz. Durch die sich immer wiederholenden Verkündungen von Zahlen zum Personalabbau sei die Krise nicht nachhaltig zu bewältigen. ThyssenKrupp stehe gerade jetzt, wo sich in der Krise wieder erstmals Licht am Ende des Tunnels zeige, an einem „Wendepunkt“, sagte Schlenz.

Ekkehard Schulz, Vorstandsvorsitzender des ThyssenKrupp Konzerns, hatte am Wochenende in den Medien von einem nochmaligen „Schrumpfungsprozess“ von insgesamt bis zu 20.000 Mitarbeitern gesprochen, um die Gewinnschwelle abzusenken und sich für zukünftige schwierige Jahre zu rüsten.

„Mit den Aussagen von Herrn Schulz wurde massive Unruhe in den Belegschaften der Konzernunternehmen ausgelöst. Die ständige Darstellung von Personalabbau szenarien ist wenig hilfreich. Stattdessen erwarten wir vom ThyssenKrupp Vorstand ein nachhaltiges, auf Wachstumsfelder ausgelegtes strategisches Zukunftskonzept, das Beschäftigung langfristig sichert. Dies wird sich auch positiv auf die Beurteilung der Ratingagenturen auswirken“, sagte der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und IG Metall-Vorstandsmitglied Bertin Eichler. „Nicht nur die Auswirkungen der aktuellen Krise, sondern gravierende Managementfehler bei den Investitionen in die Stahlwerke in Brasilien und Alabama haben dazu geführt, dass notwendige Mittel für Investitionen in das Wachstum der restlichen Business-Areas fehlen“, kritisierte Eichler.

Die von Herrn Schulz genannten „Abbauzahlen“ stellen die Addition bereits bekannter und seit Monaten kommunizierter Umbaumaßnahmen dar. Nicht erwähnt wird hingegen, dass die betroffenen Beschäftigten durch sehr weitreichende Vereinbarungen abgesichert sind, die mit den Mitbestimmungsgremien verhandelt wurden. Diese Vereinbarungen sichern zukünftig die Beschäftigung, Entlohnung und die Mitbestimmung.

Durch die „Best-Owner-Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung“ sind beispielsweise beim Verkauf der ThyssenKrupp Industrial Service an die WISAG-Gruppe betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Die WISAG-Gruppe wird das Servicegeschäft weiter ausbauen und damit Beschäftigung für die übergehenden 12.500 Mitarbeiter langfristig sichern.

Zudem wurde beim Verkauf der Nordseewerke in Emden an die SIAG-Gruppe unter Beteiligung der IG Metall, der Politik, der Betriebsräte und des Konzernbetriebsrates ein „Zukunftsvertrag Nordseewerke“ abgeschlossen, der die Beschäftigten vor Kündigungen schützt und ThyssenKrupp nicht aus der Verantwortung entlässt.

Darüber hinaus haben der Vorstand der ThyssenKrupp AG, der Konzernbetriebsrat und die IG Metall in der Vereinbarung zur strategischen Neuordnung des Konzerns am 13. Mai 2009 bereits betriebsbedingte Kündigungen in der Umsetzung des Umstrukturierungsprozesses ausgeschlossen. Das spannt ein Sicherheitsnetz auch über den Verwaltungsbereich.